

Drei Mann in einem Boot: Bei der „Tour de Caritas“ durch die Diözese Münster paddelten (v.l.) Caritas-Präsident Peter Neher, Domkapitular Dieter Geerlings und Bernhard Stelljes, Geschäftsführer des Caritasverbandes Emsdetten-Greven, gut gelaunt über die Ems. Zwei Wochen lang haben sich Mitglieder des DCV Münster und Gäste per Rad die soziale Arbeit der Caritas in der Diözese „erfahren“ und verschiedene Caritas-Einrichtungen besucht. Anlass war das 1200-jährige Bestehen des Bistums Münster.

Foto: Harald Westbeld



Die Reform der sozialen Sicherungssysteme unter solidarischen Gesichtspunkten und ein sozial gerechtes Steuersystem sind wesentliche Elemente eines Positionspapiers zur vermutlich bevorstehenden Bundestagswahl, das der Deutsche Caritasverband (DCV) am 13. Juli in Berlin vorgestellt hat.

Aus Sicht des DCV ist eine Reform der sozialen Sicherungssysteme dringend notwendig, um sie langfristig und nachhaltig zu sichern. Dabei machte Peter Neher, Präsident des Deutschen Caritasverbandes, deutlich: „Das Ziel der Reformen muss sein, jeden Einzelnen zu einem eigenverantwortlichen und solidarischen Leben zu befähigen. Für Menschen, die sich nicht selbst helfen können, muss ein unterstes soziales Netz erhalten bleiben, das ein Leben in Würde

Solidarität steht im Mittelpunkt

Positionen des Deutschen Caritasverbandes zum Wahlkampf

ermöglicht.“ Die durch Massenarbeitslosigkeit gestiegene Armut in Deutschland muss verringert werden. Neher mahnte, die Bemessung der Regelsätze für das Existenzminimum endlich in einem transparenten Verfahren festzulegen. Dabei müssten auch besondere Lebenssituationen wie schwere Krankheiten angemessen berücksichtigt werden. Gleichzeitig gehe es um mehr Beschäftigung für gering Qualifizierte. Dies gelinge nur, so Georg Cremer, Generalsekretär des DCV, wenn eine neue Regierung den Mut fände, „ein nachhaltiges System von Kombi-Löhnen zu schaf-

fen“. Ziel müsse es sein, Arbeit zu fördern statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion über eine mögliche Erhöhung der Mehrwertsteuer warnten beide vor den Auswirkungen für Menschen mit niedrigem Einkommen und Familien. Cremer forderte, das Geld spezifisch für die Entlastung der Lohnnebenkosten für gering Qualifizierte zu verwenden, statt diese generell für alle Beschäftigten zu senken. Bei einer Mehrwertsteuererhöhung müssten auf jeden Fall die Sozialhilfesätze erhöht werden. Der Präsident machte deutlich, dass sich

der DCV in seinen Einrichtungen verpflichtet, besonders Familien mit niedrigem Einkommen zu fördern und deren Kinder zu befähigen, ihre Chancen im Leben verwirklichen zu können. Damit dies gelingen könne, sei ein Rechtsanspruch auf eine verlässliche Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren dringend notwendig. Für Familien mit niedrigem Einkommen muss es zur Absicherung des Kinderexistenzminimums eine Kindergrundsicherung geben.

Claudia Beck

Die folgenden Beiträge unseres Titelthemas zeigen die Ergebnisse des Sozialmonitorings und beschäftigen sich mit den Auswirkungen potenzieller Neuwahlen. Das Positionspapier zum Wahlkampf steht in dieser Ausgabe unter „Dokumentation“, S. 22 ff.